

# Stellungnahme für Gerichtstermin am Donnerstag, 21. April 2022

Pako, April 2022

Das Verzeichnis der Vereine und Initiativen auf der Homepage einer Stadt oder Gemeinde spiegelt die lebendige Zivilgesellschaft wider. Mit den Kontaktdaten stellt es eine wichtige öffentliche Einrichtung dar, die den Kontakt unter den aktiven Einwohner:innen erleichtert und neu Zugezogenen sowie anderen Interessierten den Zugang zu den Aktivitäten ermöglicht, die sie interessieren.

Diese öffentliche Einrichtung nutzte auch der Verein Palästinakomitee Stuttgart e. V. seit der Eintragung. Schon damals war für alle, die nur einen oberflächlichen Blick auf unsere Website warfen, deutlich sichtbar, dass der Verein die palästinensische zivilgesellschaftliche BDS-Bewegung unterstützt.

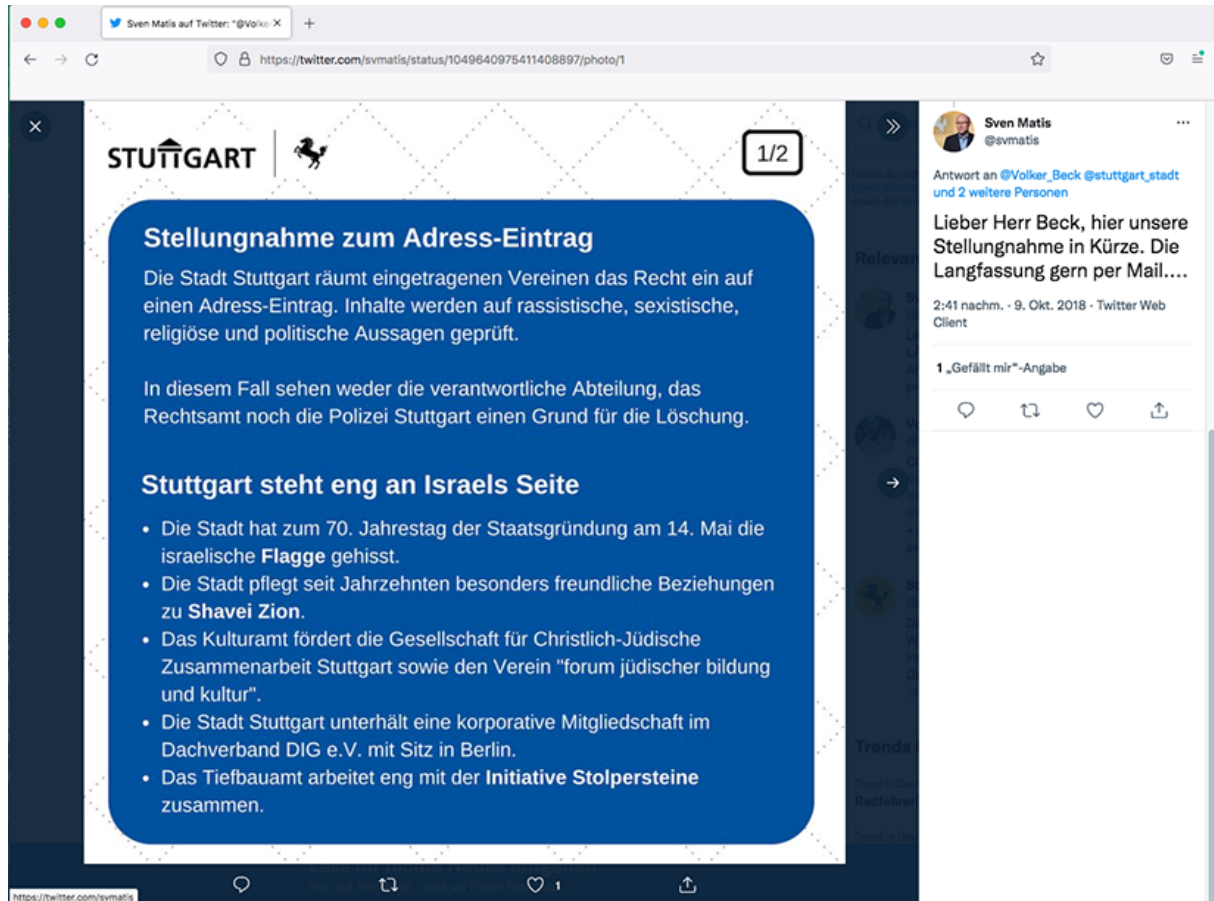
In der Stuttgarter Öffentlichkeit waren wir und unsere Aktivitäten immer gut bekannt und für die Stuttgarter Stadtgesellschaft sichtbar. Zwei große Konferenzen in den Jahren 2010 und 2013 mit international bekannten Referent:innen und jeweils mehreren hundert Besuchern bekamen ein starkes Echo. Im Jahr 2018 vermittelten wir den bekannten jüdisch-israelischen Historiker Ilan Pappé für Veranstaltungen an die Universitäten Stuttgart-Hohenheim und Tübingen. Palästinensische Kultur und Geschichte vor 1948 können Besucher:innen bei den Palästina-Nakba-Tagen, die wir jedes Jahr veranstalten, auf dem Stuttgarter Schlossplatz erleben. Über all dies berichten auch die Medien vor Ort, Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten und SWR. In den Gazakriegen und auch sonst sind Mitglieder von uns auch von bekannten überregionalen Medien wie der online-Ausgabe des Stern und österreichischen Journalist:innen interviewt worden.

Seit dem Jahr 2014 ist das Palästinakomitee Stuttgart Mitglied des Forums der Kulturen, des Dachverbands der Stuttgarter Migrant:innenvereine. Seit diesem Jahr sind wir unter anderem regelmäßig beim Sommerfestival der Kulturen mit einem Essensstand und einem Stand mit Kulturellem und Information präsent. In der Stuttgarter Stadtgesellschaft ist unsere Vereinigung eine anerkannte Vertreterin palästinensischer Positionen.

Bei all den Aktivitäten arbeiten wir eng mit jüdisch-israelischen und auch jüdischen Oppositionellen zusammen. Damit machen wir und unsere jüdisch-israelischen Partner:innen deutlich, dass es nicht um einen Konflikt zwischen zwei ethnischen Gruppen, sondern um den Widerstand gegen systematische rassistische Unterdrückung geht. Wir verstehen uns als eine Bewegung.

Im Oktober 2018 mussten wir dann feststellen, dass wir nach 5 Jahren plötzlich ohne jegliche Benachrichtigung oder Rücksprache von der Stadt aus dem Vereinsverzeichnis gelöscht worden waren. Dasselbe war gleichzeitig der Palästinensischen Gemeinde Stuttgart e. V. passiert. Erst auf Rückfrage erfuhren wir vom Pressesprecher der Stadt Stuttgart Sven Mathis, dass dies wegen unserer Unterstützung der BDS-Bewegung geschehen sei. Die palästinensischen Kulturvereine sind als Folge dieses Schrittes nicht mehr in der Adressdatei der Stadt Stuttgart vertreten.

Der machtpolitisch motivierte Druck auf die Vertreter:innen der Stadt war damals deutlich sichtbar. Wie aus der zwischen Hr. Matis und Volker Beck von den Grünen auf Twitter ersichtlich ist, sahen weder die Polizei noch das Rechtsamt keinen Grund unseren Eintrag zu löschen – gelöscht wurde er dennoch.



Zudem sind an der Kampagne auch rechtsextreme Kräfte beteiligt. Es war die damalige AFD-Landtagsabgeordnete und Vertraute des weit rechts stehenden AFD-Politikers Björn Höcke, Dr. Christina Baum, die im Herbst 2018 in einer kleinen Anfrage im Landtag die Präsenz des Palästinakomitee Stuttgart auf der Website der Stadt Stuttgart angriff. Sie bezeichnete unsere Aufnahme auf der Website als Unterstützung einer antisemitischen Kampagne durch den damaligen OB Fritz Kuhn. (Drucksache 16 / 4968 30. 10. 2018). Die Landesregierung bestätigte damals die Streichung aus der Adressliste, sie lehnte jedoch jegliche weitere Auskunft zum Palästinakomitee Stuttgart ab, offensichtlich sah die Landesregierung dafür keine Notwendigkeit, in der Antwort zur Anfrage von Baum heißt es:

„Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, einzelne zivilgesellschaftliche Gruppen in ihrer Gesamtheit zu bewerten. Über die Einschätzung der Landesregierung zur BDS-Bewegung siehe auch Antwort zu Frage 3.“

Vor allem die AFD war seit Beginn des Jahres 2018 im Stuttgarter Gemeinderat mit Anträgen aufgetreten, die den Ausschluss von Unterstützern der BDS-Bewegung aus den Einrichtungen der Stadt forderten. Bei den Anträgen war v.a. Heinrich Fiechtner, damals noch AFD-Mitglied, eine

treibende Kraft. Fiechtner ist vor allem während der Pandemiezeit mehrfach wegen rassistischer Äußerungen und Kontakte zu Antisemiten (Attila Hildmann, Gedeon) aufgefallen, wie die Recherchen von belltower news der Amadeo-Antonio-Stiftung ergaben. (Quelle belltower-news der Amadeo-Antonio-Stiftung).

### **Der Druck kam aber auch aus rechten israelischen Kreisen.**

Mit zwei Artikeln im Abstand von einer Woche hatte Benjamin Weinthal in der Jerusalem Post Anfang Oktober 2018 das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart wegen dem Palästina-Komitee Stuttgart und seines Kontos bei der BW-Bank attackiert.

Am 1. Oktober (aktualisiert am 2. Oktober 2018) hatte Weinthal in der Jerusalem Post behauptet, der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Dr. Blume habe ihm gesagt, er wolle sich für die Schließung unseres Kontos bei der BW/LBBW einsetzen.

<https://www.jpost.com/Diaspora/German-state-commissioner-against-antisemitism-wants-BDS-account-closed-568408>

Am 9. Oktober 2018 stellte Dr. Blume auf seinem Blog richtig:

„...So weiß ich als gelernter Finanzassistent, dass Banken im Sparkassenverbund einen Grundversorgungsauftrag erfüllen und Kontenschließungen also engen, rechtlichen Vorgaben unterliegen. Wir leben – Gott sei Dank! – nicht in einem Staat, in dem ohne juristische Prüfung auf politische Aufforderung Sparkassenkonten geschlossen werden können. Die in der JP wiedergegebene Behauptung, ich hätte die Schließung eines konkreten Bankkontos gefordert, war und ist schlichtweg falsch...“

<https://scilogs.spektrum.de/natur-des-glaubens/medienethik-eine-negative-erfahrung-mit-der-jerusalem-post/>

Am 7. Oktober 2018 hatte Weinthal bereits einen weiteren Artikel in der JP veröffentlicht, in dem er die Stadt wegen unseres Eintrags auf der Homepage angriff. Darin attackierte Weinthal auch Dr. Blume, OB Kuhn und MP Kretschmann wegen unseres Kontos. Im Artikel heißt es unter anderem:

„Multiple Post press queries sent to Stuttgart’s Green Party mayor Fritz Kuhn went unanswered. Numerous requests were also sent to the Green Party governor of Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, who has declined to answer. The city of Stuttgart owns nearly 20% of the Baden-Württemberg bank, and the state controls roughly 25% of the bank that enables the committee to raise funds to boycott the Jewish state.“

"Mehrere Presseanfragen der Post an Stuttgarts grünen Oberbürgermeister Fritz Kuhn blieben unbeantwortet. Auch der baden-württembergische Landesvorsitzende der Grünen, Winfried Kretschmann, lehnte zahlreiche Anfragen ab. Die Stadt Stuttgart besitzt fast 20 % der Baden-Württembergischen Bank, und das Land kontrolliert etwa 25 % der Bank, die es dem Komitee ermöglicht, Gelder für den Boykott des jüdischen Staates zu sammeln."

Datiert auf den 17. März 2019 schreibt Weinthal in der JP dann über die Löschung des Eintrags auf der Homepage der Stadt Stuttgart. Im Artikel heißt es u.a. über die damaligen Ereignisse

„After the Post revealed on Sunday that Stuttgart – the capital of the southwestern state of Baden-Württemberg and the headquarters of automobile manufacturer Mercedes Benz – promotes an

entry for the pro-BDS group Palestinian Committee, financed by taxpayers in the city, Kuhn's administration continued to defend the anti-Israel entry.

Germany's best-selling newspaper Bild reported on Wednesday on the *Post* story that Kuhn allows a boycott-Israel entry on the city's website. The *Bild* story analyzed antisemitism within all German parties represented in the Bundestag, including the Green Party. The example of Stuttgart's Green Party advertising the Palestine Committee on the city website was cited as an example of modern antisemitism within the Green Party.

"Nachdem die *Post* am Sonntag aufgedeckt hatte, dass Stuttgart - die Hauptstadt des südwestlichen Bundeslandes Baden-Württemberg und der Hauptsitz des Automobilherstellers Mercedes Benz - einen von Steuerzahlern der Stadt finanzierten Eintrag für die Pro-BDS-Gruppe Palestinian Committee befürwortet, verteidigte Kuhns Verwaltung weiterhin den Anti-Israel-Eintrag.

Deutschlands auflagenstärkste Zeitung Bild berichtete am Mittwoch über den *Post*-Artikel, dass Kuhn einen Eintrag zum Boykott Israels auf der städtischen Website zulässt. Die *Bild*-Zeitung untersuchte den Antisemitismus in allen im Bundestag vertretenen deutschen Parteien, einschließlich der Grünen. Das Beispiel der Stuttgarter Grünen, die auf der städtischen Website das Palästina-Komitee bewerben, wurde als Beispiel für modernen Antisemitismus in der grünen Partei genannt.

Weinthal war damals Berliner Korrespondent der *Jerusalem Post*, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Foundation for Defense of Democracies, eines neokonservativen US-amerikanischen Think Tanks mit einer klar kriegerischen Haltung, wenn es um den Iran und Israel und die Politik in der Nahost-Region geht. Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Dr. Michael Blume fühlt sich wegen Weinthals aggressiven Verhaltens ihm gegenüber seit seinem Amtsantritt von Weinthal „getrollt“, wie er es selbst bezeichnet (siehe Beitrag Blumes auf seinem Blog auf [spektrum.de](https://spektrum.de) vom 1. Januar 2022).

Wir vom Palästina-Komitee machten als Reaktion auf die Löschung unseres Eintrags auf der städtischen Homepage in unserem offenen Brief an den damals amtierenden OB Fritz Kuhn auf die klare Orientierung der BDS-Bewegung an Menschen- und Völkerrecht aufmerksam.

Diese auf internationalem Recht beruhende Grundlage wird schon dadurch deutlich, dass die Bewegung sich in ihrer Erklärung auf die Missachtung des Gutachtens des IGH von 2004 zum Mauerbau in der Westbank bezieht. Diese Missachtung war der Anlass dafür, überhaupt eine solche Kampagne zu starten. Die BDS-Bewegung wird seit vielen Jahren außerdem von sehr großen jüdischen Organisationen wie der US-amerikanischen Jewish Voice for Peace und zahlreichen Prominenten Jüd:innen wie der US-amerikanischen Philosophie-Professorin Judith Butler oder den Filmemachern Eyal Sivan oder Udi Aloni unterstützt.

Leider blieben wir im Jahr 2018 erfolglos bei der Stadt Stuttgart.

Sieht man von dem offensichtlichen Druck ab, war der Schritt der Stadt damals unverständlich. Die Stadt Stuttgart kam in der folgenden Zeit in keinem weiteren Punkt den Forderungen nach Ausschluss von Unterstützer:innen der BDS-Bewegung nach, wie sie Benjamin Weinthal und vor allem die AFD vertreten haben.

Trotz Anträgen im Gemeinderat, die die Verweigerung öffentlicher Räume für BDS-Unterstützer:innen forderten, hat der Gemeinderat nie einen solchen Beschluss gefasst.

Auch das Palästina-Komitee Stuttgart hatte nie Probleme, wenn wir die Nutzung städtischer Räume in Stuttgart beantragten. Wir konnten jederzeit unsere Veranstaltungen ungestört und erfolgreich dort abhalten.

Zwischen Oktober 2018 und unserem erneuten Antrag auf Aufnahme in die Adressdatei der Stadt im März 2021 hat sich einiges in der Diskussion um BDS geklärt, und zwar in einer Weise, die unsere Haltung stärkt.

In mehreren Gerichtsurteilen über verschiedene Instanzen haben Jurist:innen entschieden, dass die Unterstützung von BDS kein Grund dafür sein kann, Gruppen oder Personen den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen zu verweigern. Die Unterstützung der BDS-Bewegung ist von der Meinungsfreiheit im Grundgesetz (Art. 5) geschützt. Die Städte Frankfurt und München mussten daher ihre Praxis bei der Vergabe öffentlicher Räume entsprechend ändern.

Unser Rechtsanwalt Ahmed Abed hat diese juristische Seite ausführlich in seiner Begründung der Klage dargestellt.

Die weitere Diskussion unter den Wissenschaftler:innen der Antisemitismusforschung, Holocaustforschung, Judaistik und verwandten Fächern hat ihrerseits untermauert, dass der pauschale Antisemitismusvorwurf gegen die BDS-Bewegung nicht haltbar ist. Die im März 2021 veröffentlichte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus ist von zahlreichen bekannten Wissenschaftler:innen unterzeichnet, jüdischen, jüdisch-israelischen und nicht-jüdischen. Auf deutscher Seite sind u.a. Prof. em. Wolfgang Benz und Professorin Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, unter den Unterstützer:innen. In der Erklärung heißt es klar und deutlich unter Leitlinie: Nr. 14 „Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.“

Wie berechtigt Sanktionsforderungen gegen den Staat Israel und einzelne seiner Institutionen ist, haben gerade Anfang des Jahres 2021 renommierte Menschenrechtsorganisationen in detaillierten Studien belegt: Es handelt sich um die jüdisch-israelische NGO *B'Tselem* im Januar 2021 und die 2 Monate später erschienene Arbeit von *Human Rights Watch*.

Im Jahr 2022 folgte Amnesty International mit einer eigenen umfassenden Analyse - all diese Organisationen sprechen von Apartheid – einem System systematischer diskriminierender Unterdrückung für das Gebiet des gesamten historischen Mandatspalästina.

Gerade Amnesty fordert zu aktiven Maßnahmen zur Überwindung dieser Situation auf. In der Presseerklärung von Amnesty zum Bericht heißt es:

„Apartheid hat keinen Platz in unserer Welt und Staaten, die sich dafür entscheiden, hier Zugeständnisse an die israelische Regierung zu machen, werden sich auf der falschen Seite der Geschichte wiederfinden. Regierungen, die Israel weiterhin mit Waffen beliefern und das Land vor der Rechenschaftspflicht in der UNO schützen, unterstützen ein Apartheidsystem, untergraben die internationale Rechtsordnung und verschlimmern die Menschenrechtsverletzungen am palästinensischen Volk. Die

internationale Gemeinschaft muss sich mit der Apartheid durch die israelischen Behörden auseinandersetzen und die vielen Möglichkeiten für die Schaffung einer gerechteren Situation verfolgen, die bislang nicht wahrgenommenen wurden.“

<https://www.amnesty.at/news-events/amnesty-bericht-zu-israel-zeigt-ausmass-der-apartheid-gegen-palaestinenser-innen/>

Wir vom Palästinakomitee Stuttgart haben auch in den vergangenen Monaten und Jahren mit unseren Aktivitäten gezeigt, dass wir uns an den Menschenrechten orientieren, der in unserer Satzung verankerten Ablehnung von Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus gerecht werden und fest in die Stuttgarter Stadtgesellschaft integriert sind. Unter anderem haben wir uns mit einem bunten und politisch breiten Bündnis von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen am 19. März am Internationalen Aktionstag gegen Rassismus beteiligt. Die Vielfalt der weit mehr als 20 beteiligten Organisationen reicht von der Afghanischen Community, Amnesty International, Aufstehen gegen Rassismus über den Flüchtlingsrat, die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Just Human bis zum Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften. Die Veranstaltung war Bestandteil der Veranstaltungsreihe der Internationalen Wochen gegen Rassismus, die in Stuttgart vom Forum der Kulturen koordiniert wird.

Angesichts des aktuellen Diskussionsstands zu BDS sowie der Vielzahl an Gerichtsurteilen, die belegen, dass BDS von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, sind wir enttäuscht, dass wir unsere Rechte als Stuttgarter Verein vor Gericht erstreiten müssen.

Wir können hier nur wiederholen, was wir bereits in einem offenen Brief an den früheren OB Fritz Kuhn geschrieben haben:

Die Stadt Stuttgart hat im Jahr 2018 mit ihrem Einknicken vor dem Druck der israelischen Regierung und ihren Unterstützern ein falsches Signal gesetzt – sie hat machtpolitische Interessen über das Recht auf Meinungs- und Diskussionsfreiheit gestellt.

Wir appellieren deshalb erneut an die Vertreter:innen der Stadt: Korrigieren Sie Ihre Haltung. Passen Sie Ihre Praxis dem Urteil zahlreicher Gerichte und den Forschungsergebnissen vieler Wissenschaftler:innen an, die unterstreichen, dass die Unterstützung von BDS nicht rassistisch oder gar antijüdisch ist, wie Sie in Ihrer Antwort schreiben sondern eine von der Meinungsfreiheit gedeckte Haltung. Nehmen Sie das Palästinakomitee wieder in die Adressdatei auf Ihrer Website auf. Alles andere würde dem bekannten offenen und liberalen Klima widersprechen, das erfreulicher Weise das Miteinander in der Stadt Stuttgart bestimmt.

**Links zu:**

**Urteil des Landgerichts Stuttgart zur Kontokündigung:**

[https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/PKS\\_URTEIL\\_Kontokueundigung\\_28\\_04\\_2022.pdf](https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/PKS_URTEIL_Kontokueundigung_28_04_2022.pdf)

**Urteil des Verwaltungsgerichts zur Löschung unseres Eintrags auf der Website der Stadt Stuttgart:**

[https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/PKS\\_A21\\_22\\_Az46\\_O\\_23\\_22\\_01\\_Anlage\\_URTEIL\\_VG\\_Stuttgart\\_7K3169\\_21.pdf](https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/PKS_A21_22_Az46_O_23_22_01_Anlage_URTEIL_VG_Stuttgart_7K3169_21.pdf)

Palästina-Komitee Stuttgart – palaestina-komitee-stuttgart.de